

Krieg in Uganda - was können wir tun?

Die kriegerischen Auseinandersetzungen in Uganda nehmen an Intensität zu. In der internationalen Presse finden sich immer häufiger Nachrichten über Aktionen der Rebellen und der Regierungstruppen. Kinder werden als Soldaten oder Prostituierte missbraucht und verschleppt, und die Regierungstruppen verhalten sich auch nicht immer so, wie man es erwarten sollte. Die Kämpfe beeinträchtigen die ugandische Entwicklung insgesamt, vor allem aber hat sich die Menschenrechtssituation der Zivilbevölkerung in Norduganda verschlechtert. Es ist an der Zeit, darüber nachzudenken, welchen Beitrag neutrale Länder wie Österreich zu einer Beendigung dieser Zustände leisten könnten.

Die Situation im Jahre 2003

Die renommierte Hamburger "Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung" (AKUF), die seit den 80er Jahren die Kriege in aller Welt beobachtet, registriert und laufend analysiert, umreißt in ihrem Bericht vom 10. April 2003 die Lage folgendermaßen:

"Insbesondere die Lords Resistance Army (LRA), die vorwiegend in der Provinz Acholiland im Norden des Landes agiert, stellt eine gravierendere Bedrohung der Sicherheitslage dar als früher. Die im Westen und Süden des Landes operierenden Allied Democratic Forces (ADF) traten dagegen wegen verstärkter Militäroffensiven und des Wegfalls ausländischer Unterstützung, vor allem des Sudan, kaum mehr in Erscheinung. Der Nordosten Ugandas ist indes das Einflussgebiet der Karamojong, die diese Region durch Überfälle und Viehdiebstähle destabilisieren, aber kein explizites politisches Ziel verfolgen."

Es gibt also mit den Regierungstruppen vier Kriegsparteien, von denen derzeit drei aktiv sind. Die Neue Zürcher Zeitung (NZZ) veröffentlichte im November einen ausführlichen, gut recherchierten Bericht "Die Rebellion in Norduganda breitet sich aus. Wenig wirkungsvolle Armee-Milizen als Retter?" (3.11.03). Sie kann kein politisches Programm oder eine Indoktrination der Kämpfer der LRA entdecken. Das einzige politische Ziel sei der Sturz von Präsident Museveni. Was die LRA von gewöhnlichen Banditen unterscheidet, sei lediglich ihre straffe Organisation und vergleichsweise gute Bewaffnung. Die NZZ stellt fest:

"Die Terrorguerilla der Lord's Resistance Army macht immer größere Gebiete im Norden und Osten Ugandas unsicher. Weite Landstriche sind inzwischen wie leer gefegt. Die Bevölkerung vegetiert in Wehrdörfern dahin oder sucht Schutz in den größeren Ortschaften. Die Armee erscheint unfähig, den Rebellen Einhalt zu gebieten."

Neu war im Herbst 2003 ein Vorstoß der sogenannten Jogo-Division der LRA unter Charles Tabuley (der später von Regierungstruppen erschossen wurde), nach Osten, in das Gebiet der Iteso. Dort, in der Provinzhauptstadt Soroti befinden sich etwa 300 000 Vertriebene. Tabuley war selbst ein Iteso. Der Angriff sollte Stärke demonstrieren und beweisen, dass die Rebellion der LRA nicht ein Problem allein von "Acholi-Land", sondern von ganz Uganda ist.

Die NZZ stellt eine erhebliche Diskrepanz zwischen der offiziellen Situationseinschätzung durch die Regierung sowie mit ihr kooperierende Milizenführer und der beobachtbaren Wirklichkeit fest. "Bis Weihnachten werden wir die Rebellen vertreiben", habe der Koordinator der Stammesmiliz Arrow Boys in Soroti versprochen. Dann sollten die Tausenden von Vertriebenen wieder in ihre Dörfer zurückkehren. Versprechungen dieser Art seien in Uganda fast täglich zu hören. Seit Jahren werden der NZZ zufolge Generäle, Minister und Präsident Museveni nicht müde, großspurig das baldige Ende der Terrorguerilla LRA zu prophezeien. Dafür gebe es jedoch keine Anzeichen.

Die Arrow Boys, eine Selbstverteidigungsgruppe, wurde gegründet, weil die Antwort der Armee

auf das Treiben der LRA so lange auf sich warten ließ. Sie rekrutieren sich hauptsächlich aus einheimischen Iteso. Der harte Kern besteht laut NZZ aus ehemaligen Mitgliedern der Uganda People's Army, einer Rebellenbewegung der Iteso-Ethnie, die Anfang der neunziger Jahre mit Kampala Frieden schloss. Ausbildung, Waffen und Uniformen erhalten die Arrow Boys von der ugandischen Armee. Der Sold beträgt umgerechnet 62 Franken pro Monat.

Ein halbes Jahr vor diesem Artikel in der NZZ schrieb die AKUF zusammenfassend: "Das Uganda-Regime scheint durch die Auseinandersetzungen mit den Rebellen weniger denn je in seinem Bestand bedroht zu sein, auch wenn insbesondere in Bezug auf die LRA einige Unwägbarkeiten bestehen. Das Vorgehen des ugandischen Militärs stößt auf innenpolitische wie internationale Kritik. Darüber hinaus stellt die Flüchtlingsproblematik eine Herausforderung dar, für deren Bewältigung die Regierung kein Konzept zu haben scheint. Ugandas Ruf im Westen, ein positives Modell für Afrika zu sein, steht wegen dieser ungelösten Probleme mehr denn je in Frage."

Diese Feststellungen sind noch immer gültig. Doch auch wenn die Regierung Ugandas durch die Auseinandersetzungen mit den Rebellen in ihrem Bestand nicht gefährdet ist - viele Menschen im Lande sind unzufrieden und fühlen sich bedroht. Kritische Stimmen kommen aus allen Lagern, die Opposition scheint sich zu formieren und es ist nicht auszuschließen, dass sich die blutige Geschichte Ugandas unter Idi Amin in absehbarer Zeit wiederholt.

Die Vorgeschichte des aktuellen Konflikts

Schon bald nach der Unabhängigkeitserklärung im Jahre 1962 kam es zu diversen Auseinandersetzungen, zu einer Meuterei, die noch mit Hilfe britischer Truppen niedergeschlagen wurde, zu mehreren gewalttätigen Machtwechseln und schließlich im Jahre 1969 zur Errichtung eines diktatorischen Einheitsstaates unter Milton Obote. Zwei Jahre später übernahm der aus dem Norden Ugandas stammende General Idi Amin die Macht. Seinem Terrorregime fielen mindestens 200.000 Menschen zum Opfer. Es wurde 1979 mit Hilfe tanzanischer Truppen beendet. Für kurze Zeit stand Obote noch einmal an der Spitze des Staates.

Nach weiteren internen Auseinandersetzungen übernahm im Jahre 1986 der ehemalige Verteidigungsminister Yoweri Museveni die Macht. 1994 wurde unter seiner Präsidentschaft eine verfassunggebende Versammlung gewählt. Die neue Verfassung trat 1995 in Kraft. Sie stellte aber offensichtlich nicht alle Bevölkerungsgruppen zufrieden, denn im gleichen Jahr begann laut AKUF der neue Bürgerkrieg. 1996 siegte Museveni bei den Präsidentschaftswahlen mit 74,2 %. Zugleich nahmen die Überfälle der Rebellengruppen an Stärke zu. Im Juli 2000 stimmte die Bevölkerung in einem Referendum mehrheitlich gegen die Einführung eines Mehrparteiensystems.

Ausländische Verwicklungen

Seit seiner Unabhängigkeit war Uganda immer wieder in Auseinandersetzungen mit den Nachbarstaaten verwickelt. Die Befreiung vom Joch Idi Amins wäre ohne tanzanische Hilfe kaum möglich gewesen. 1992 griff der Bürgerkrieg in Rwanda auf den Süden Ugandas über. Später beteiligten sich ugandische Truppen an den Kämpfen in der DR Kongo. Die Truppen wurden auf der Basis eines Abkommens abgezogen.

Die Rebellen in Uganda bekamen lange Zeit Unterstützung aus dem Sudan, von der Regierung in Khartoum; umgekehrt erhielt die SPLA im Südsudan Unterstützung aus Kampala. Im Dezember 1999 schlossen der Sudan und Uganda ein Abkommen, das u.a. vorsah, die

Unterstützung von Rebellen Gruppen im jeweils anderen Staat zu beenden. Es wurde anscheinend oft gebrochen; jedenfalls gab es immer wieder Anschuldigungen seitens der Regierung Ugandas, die aber von Khartum stets dementiert wurden..

Folgen des gegenwärtigen Bürgerkriegs

Schon seit 1986 geriet das Volk der Acholi in Nord-Uganda immer wieder ins Kreuzfeuer von Rebellen und Regierungstruppen - mit verheerenden Folgen. Die Zivilbevölkerung besteht inzwischen zu großen Teilen aus Flüchtlingen im eigenen Land (Internal Displaced People). Sie wurden in sogenannten "Schutzdörfern" angesiedelt und leben unter unmenschlichen Verhältnissen: unterernährt, Infektionen und anderen Krankheiten ausgesetzt, ohne ausreichende medizinische Versorgung. Das familiäre Gefüge ist meistens zerstört, Kindesentführungen sind fast an der Tagesordnung, etc. Es scheint kein Ende des Leidens für diese Menschen zu geben.

Die Folgen der neuerlichen Angriffe sind im ganzen Norden unübersehbar. Die Zahl der intern Vertriebenen in Norduganda wurde vor dem Angriff Tabuleys auf rund 800 000 geschätzt, Infolge dieses Angriffs erhöhte sich diese Zahl der NZZ zufolge auf ca. 2 Millionen. Nach Schätzungen von Hilfsorganisationen hat die LRA überdies bisher etwa 20.000 Kinder entführt. Im Distrikt Gulu vegetieren fast 400.000 Menschen in Flüchtlingslagern, die von der Armee und Selbstverteidigungsgruppen nur unzureichend geschützt werden.

Perspektiven

Die Entwicklung von staatlich geförderten Selbstverteidigungsmilizen ist nicht unbedenklich. In Gulu befürchtet zum Beispiel die Organisation Gulu Supports the Children, dass die Arrow Boys am Ende einen Stammeskrieg gegen die Acholi führen könnten. Ähnliche Bedenken wurden auch schon im ugandischen Parlament geäußert.

Große Hoffnung setzen die Menschen in Uganda derzeit auf das oben erwähnte Abkommen (keine gegenseitige Rebellenunterstützung) zwischen Uganda und dem Sudan sowie auf die aussichtsreichen derzeitigen Verhandlungen zwischen den sudanesischen Regierungstruppen und den süd-sudanischen Rebellen, mit denen die Krise des Sudan beendet werden soll.

In Norduganda gibt es eine Friedensbewegung, die ARLPI (Acholi Religious Leaders Peace Initiative). Sie gibt trotz der immer schwieriger werdenden Lage nicht auf, scheint aber fast am Ende ihrer Kräfte zu sein und verdient internationale Unterstützung. Während die Regierung in Khartum mit der SPLA im Süden des Sudan verhandelt, hat Kampala sich noch nicht zum Dialog, geschweige denn zur Versöhnung mit den Rebellen in Norduganda entschlossen. Was können wir, was kann Österreich in dieser prekären Lage tun?

Ein Vorschlag für die österreichische Politik:
Ausrichtung einer Friedenskonferenz auf neutralem Boden

Einzelne österreichische Persönlichkeiten wie Dolores Bauer, aber auch die österreichische Außenpolitik haben sich seinerzeit sehr engagiert, um der Bevölkerung Ugandas in den Zeiten Idi Amins beizustehen. Museveni, der gegenwärtige Präsident Ugandas, hat vor der Machtübernahme engen Kontakt mit der Republik Österreich gehabt. Sogar die 10 Punkte des Politischen Programms seiner Partei NRA/M, der heutigen Regierungspartei, wurden in Österreich zusammengestellt.

Entsprechend hoch angesehen ist die österreichische Politik in Kampala. Dieses Ansehen bietet eine Chance und sollte als Verpflichtung verstanden werden, auch bei den gegenwärtigen Menschenrechtsverletzungen und angesichts der dramatischen Verschlechterung der Lage für Teile der Zivilbevölkerung nicht tatenlos abseits zu stehen. Denn ohne internationale Hilfe kann Uganda die Krise nicht mehr meistern.

Österreich könnte versuchen, die Kriegsparteien an die Verhandlungstische zu bringen, um unter neutraler - bzw. in der Diktion der Konfliktforschung - "allparteilicher" Moderation gemeinsam die Probleme zu identifizieren, die den Auseinandersetzungen zugrunde liegen, und nach Lösungen dafür zu suchen. Es könnte sich dabei auf das 10-Punkte-Programm der NRA/M, das für den Demokratisierungsprozess Ugandas bestimmt war, beziehen.

Als erste vertrauensbildende Maßnahme müsste Österreich zusammen mit anderen Staaten bzw. unter der Schirmherrschaft der UN den Rebellengruppen Freies Geleit zusichern, damit sie an einer solchen Friedenskonferenz teilnehmen können. Nahziel der anzustrebenden Verhandlungen sollte sein, eine Atempause zu gewinnen: Die Zivilbevölkerung muss sich erholen und wieder ein normales Leben führen können. Soforthilfe für die Zivilbevölkerung und Entwicklungsprogramme sollten der erste Gegenstand der Verhandlungen sein.

Einem solchen Versuch steht, wie in vielen mehr oder weniger ähnlich gelagerten Fällen, das Interesse der gegenwärtigen, zunächst allseits hoch gelobten Regierung Ugandas entgegen, die drei Rebellengruppen nicht aufzuwerten. Je länger aber der Krieg dauert, desto unhaltbarer wird diese Position werden. Im Interesse der Zivilbevölkerung sollte daher der irgendwann doch unvermeidbare Schritt zu Verhandlungen möglichst rasch getan werden. Sanfter Druck aus Österreich könnte hier viel bewirken.

Warum eine Friedenskonferenz für Uganda in Österreich?

Österreich ist ein neutrales Land mit einem vergleichsweise hohen Maß an politischer Ausgewogenheit und einer stabilen Wirtschaft, einer reichen Kultur und gesellschaftlichen Vielfalt. Indem die Konferenz in Österreich ausgerichtet wird, könnte sich Uganda die Republik Österreich zum Vorbild nehmen, um langfristig politische Stabilität und wirtschaftliche Entwicklung zu erreichen.

Uganda steht seit Jahrzehnten auf der Liste derjenigen Länder, auf die die österreichische Entwicklungszusammenarbeit sich konzentriert, und es bekommt immer noch Hilfe für den Aufbau des Landes. Die österreichische Regierung wird dabei von zahlreichen Unternehmen, Organisationen und Institutionen aus der Alpenrepublik unterstützt. Österreich sollte sich dafür einsetzen, dass die Entwicklungsförderungsmittel, die für Uganda bestimmt sind, über das ganze Land verteilt werden, und die Regierung in Uganda darauf verpflichten, eine Politik der Versöhnung einzuleiten, die nachhaltigen Frieden und Demokratie für alle Menschen gewährleistet.

Die Politik der Entwicklungszusammenarbeit könnte - evtl. in Absprache mit anderen Geberländern - eine Arbeitsgrundlage für Österreich sein, um die genannten Punkte umzusetzen und die Regierung in Kampala, aber auch die Rebellengruppen dazu zu bewegen, sich an den Verhandlungstisch zu setzen.

Bernard Ochaya

SITUATIONAL REPORT. MID- JANUARY 2004

1. The Official Version. Déjà vu

If one wishes to understand what is happening in Northern Uganda the first approach can be to digest the official version given by the Ugandan Government, particularly the UPDF. Information published during the second half of December 2003 and the first half of January 2004 could be resumed in this way: the LRA has been defeated and they are fleeing to Sudan, where very soon with the forthcoming peace agreement they will no longer be able to find sanctuary and a supply of weapons. The last six months of 2003 were peaceful in Acholiland and the rebels who terrorised Lango and Teso have been flushed out from those areas thanks to the efforts of their leaders to mobilise the people against the LRA. Many rebels have been killed or have surrendered and many abductees have been rescued. Soon the top leaders of the LRA will be issued with international arrest warrants and that will be their end.

Most people in Acholi would respond to this by saying that for the last 18 years they have heard many similar statements, including deadlines indicating the end of the war, but the violence has continued. This deeply-rooted experiences makes them remain skeptical in front of such statements.

2. Contradictory figures and disturbing questions

Taking a different approach, we could say that during the 18 years of the war in Northern Uganda one of the lessons that people on the ground have learned is the need for been cautious every time that official versions announce that the end of the war is at hand, or even that the war is over (the last time was on the 26th January at the liberation day function in Gulu, by the 4th Division Commander). One of the characteristics of this violent conflict is its intermitent nature: periods of relative calm followed by outbursts of high violence. Also, for whatever reason the LRA has demonstrated an amazing capacity to reorganise itself and hit back with renewed brutality, even in circumstances in which one may think that they were on the brink of disappearing.

We could illustrate this point with some interesting figures: On the 20th December 2002 the Army spokesmen (and later on President Museveni himself) announced that only about 420 rebels remained active. On the 30th December 2003 the Army spokesmen gave the following figures of their military successes: 824 rebels killed, 279 captured and 434 surrendered. Taking these latest figures we get a figure of 1,537 rebels been put "out of action". If one compares with the early figure of 420 remaining rebels it certainly makes no sense to say that the Army has killed them four times over.

Yet, something very similar has been said at the end of December 2003. On the 10th December Museveni announced that there were only about seven groups of rebels with about fifty armed men each (350 in total). In mid- January 2004 the Army spokesman has said that since the beginning of the year the Army has killed already 82 of them and that 40 have surrendered. If this figures are reliable, at the present rate the war should be over in a matter of very few weeks.

The lack of logic in comparing these figures, together with the many witnesses of people who have returned from the rebels gives a very different -and tragic- picture: that a huge number of innocent abductees are killed during armed confrontations with the UPDF, particularly when they are bombed by helicopter gunships. At the same time the LRA continues to abduct children, and the deadly cycle of abductions-children killed-new abductions goes on and on. Army officers admitted -privately- that eleven children died during the fierce battle in which rebel commander Tolbert Nyeko was allegedly killed near Atanga on 19th January. Also, a foreign journalist who

visited the scene of a serious battle in Opatte on 6th Jan. Saw two dead bodies of children.

UNICEF has calculated that since June 2002 up to the end of October 2003 at least 10,000 persons, mostly children, have been abducted. This is on top of the early figure of 24,000 abductions since 1994 up to 2002. As a sample, at least 30 children were abducted in separate incidents in Lamola (Kitgum) and Paimol (Pader) on the 26th January, and on the following day seven children were abducted in Minakulu (Apach district). It seems safe to say that Northern Uganda is the part of world where more people are abducted, even more than the much-publicised case of Colombia

3. The situation on the ground

The violence in Northern Uganda, sometimes referred to as a "low intensity conflict", usually takes on the pattern of a continuous daily trickle of ambushes, abductions, attacks on IDPs, etc, plus some brutal massacres of civilians from time to time. A journalist who visits the area every few months is likely to see and hear the same stories over and over again, something which probably accounts for the lack of interest of the international public opinion in this rather "monotonous" conflict.

January 2004, as it was the case at the beginning of last year, has started with a lot of violent incidents, some of them unreported in the media: The LRA has attacked displaced camps in Namokora (1st January, one killed) and Pabbo (7th January, five killed), it has ambushed vehicles in Dure (2nd January), Namokora (13th) and Pajule (15th), usually with some of their occupants being killed or seriously injured. Eighteen civilians were killed by the rebels in Otuke county in Lira on the 14th, even though the official version is that "the rebels have been flushed out of Lango. One week later, on the 21st, 22 more civilians were killed in Igwenya (Lira district) by rebels as they were going to collect food from their villages. Pitched battles between the LRA and the UPDF have taken place in Opatte (5th January), Orom (7th), Omiya Pacwa (11th) and South of Atanga (19th, when LRA top commander Tolbert Nyeko was killed), with many victims. Also, on the 25th January the rebels ambushed an Army vehicle killing two soldiers and a Major on the Pader-Kalongo road. On the 26th they attacked Minakulu (Apac district) and killed one person.

At present, even though the security situation has improved in Teso, there are still more than one million displaced persons in Northern Uganda.. Thousands of night child commuters continue to be a common sight in the towns of Gulu and Kitgum. As if this was not enough, there is an increasing pattern of indiscipline by the local tribal militias created by the Government in Teso and Lango against the civilian population. There are founded fears that these militias may become a breeding ground for tribal hatred against the Acholis.

Also, in recent weeks, the Army in Kitgum has been telling people in some of the displaced camps that all remaining villagers living in their homes must vacate them or face the risk of being considered as rebels after the 17th January when the Amnesty would expire (never mind if the Government knew that it was going to be finally extended, as it has been the case). We know of at least these recent cases: seven civilians in Palabek, one in Lacekocot and one in Kalongo who have been shot dead by the Army when found outside the IDPs going to collect food in their original villages.

A reason for serious concern is the fact that a good number of rebels who have surrendered (most of them abductees and many surely under age) do not find their way to any of the reception centres, but are been forced in different ways to join the Army.

In recent weeks we have received reports of groups of rebels (in Lamola, Kitgum and Kalongo) who send messages saying that they were willing to surrender under the terms of the Amnesty, and the Army responded by attacking them.

4. The role of the international community

In contrast with other conflicts worldwide, the war in Northern Uganda has never attracted much international attention until recently. It has been said that this could be attributed to the fact that the conflict takes place in an area without any particular commercial or economic interests. Moreover, events in neighbouring zones, such as South Sudan, the DRC or Rwanda have always overshadowed our area.

There is no doubt that the visit of the UN under-secretary Jan Egeland marked a shifting point. As an immediate result, UN is in the process of opening new offices in Gulu, Kitgum and Soroti, managed by international staff, and is also increasing its humanitarian aid. This, together with the interest of the European Union in the laying down of a "roadmap to peace" in Northern Uganda (much supported by Germany and Italy, apparently opposed by Britain), could become signs of real hope for a peaceful end to this war that has entered in its 18 years of existence. Most people in Acholi, particularly leaders of the civic society who have been involved in peacebuilding initiatives, are absolutely convinced that the war will not end without a serious involvement of the international community, as it has been the case in so many other conflicts throughout Africa and elsewhere. The Ugandan Government has always been reluctant to accept any kind of international intervention in this conflict, which they always describe as a mere "internal affair" which they could manage with their own capacity. As it is already the case, the more the international community shows interest in the Northern Uganda war the more the Government will publish information aimed at minimising the problem, as it is the case now.

The role of the United States remains ambiguous. On one hand they pour money in Northern Uganda for peace projects while on the other hand they provide military assistance whose extend is difficult to assess.

Part of this international picture is the forthcoming peace agreement in Sudan, which may have a positive influence in events in our region. Nevertheless, many questions remain about how security arrangements in South Sudan will be put in place and whether there will be soon a complete end in the supply of weapons and ammunition to the LRA. So far, the promises of the Sudanese Government have never matched their actions, and it has never cooperated in facilitating contacts in its own territory between the LRA and any delegation from Northern Uganda.

5. The rationale of a negotiated solution. Obstacles.

The average person in Acholiland these days, confronted with the question of how the war should end, will most likely say that a peaceful negotiation is the best option. There are different reasons why most Acholis favour peace talks: skepticism about military solutions (something learned from experience), the Acholi traditional culture which favours reconciliation (mato oput) and the fact that most LRA rebels are abductees and obviously people would rather see their own children come back home peacefully instead of being killed.

Nobody denies that such a peace process is difficult and complicated. The experience of those who have had peace contacts with the LRA during 2002 and 2003 can corroborate that there is

a very high degree of mistrust between the LRA and the Government of Uganda and that contacts with the LRA tend to be irregular and to lack concrete proposals.

An additional difficulty that has arisen in recent months is the much-repeated and publicised announcement by the Ugandan Government that it would exclude from the Amnesty the top LRA leaders and that it would issue international arrest warrants for them to be tried by the International Criminal Court. Given the scale of atrocities committed by the rebels, it would appear that any person opposing this initiative is suspected to approve or at least to condone their crimes. However, the reasons for opposing the prosecution of the LRA High command have rather to do with the practicalities of luring them into peace negotiations. Nobody can convince a rebel leader to come to the negotiating table and at the same time tell him that when the war ends he will be brought to trial. This is why local actors who have been involved in these peace contacts feel uneasy about the fact that the Government is showing them as the living proof that it is committed to a peaceful negotiation and at the same time announcing measures that will close the door to such peaceful outcome.

Moreover, even though the Amnesty has finally been extended on 17th January 04, although this time only for a three-month period, the message has gone through and it has already discouraged a good number of prospective rebels who would have chosen to lay down their arms, and it has instilled fear in many others who have benefitted from the Amnesty in recent months. To keep the path leading to the negotiating table open and without any obstacles is a most needed factor in achieving a sustainable peace in the near future.

Gulu, 27thth January 2003

Prepared by

Fr. Carlos Rodríguez, Research, Documentation and Advocacy Officer ARLPI